

Großbritannien führt bereits offizielle Gespräche mit syrischen Oppositionellen, die zur baldigen Anerkennung einer Exilregierung führen könnten.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 222/11 – 28.11.11**

Großbritannien führt Geheimgespräche mit syrischen Rebellen

Von Kim Sengupta und Catrina Stewart

THE INDEPENDENT, 19.11.11

(<http://www.independent.co.uk/news/world/politics/britain-in-secret-talks-with-syrian-rebels-6264592.html>)

Während der internationale Druck auf das angeschlagene Regime des (syrischen) Präsidenten Bashar al-Assad zunimmt, hat Großbritannien offizielle Gespräche mit der syrischen Oppositionsbewegung aufgenommen.

Frances Guy, die frühere (britische) Botschafterin im Libanon, traf gestern in Paris mit im Exil befindlichen Mitgliedern der syrischen Opposition zusammen. Nächste Woche will der (britische) Außenminister William Hague Mitglieder der syrischen Opposition in London empfangen, wo sie auch Gespräche mit führenden Offiziellen in der Downing Street führen werden.

Obwohl Großbritannien zusammen mit anderen westlichen Staaten wie Frankreich – das gestern die Vereinten Nationen zu härteren Sanktionen (gegen Syrien) aufgefordert hat – seit drei Monaten informelle Kontakte zu der (syrischen) Opposition unterhält, eröffnet der Fortschritt bei den Arbeitsbeziehungen den Rebellen die Chance, bald als offizielle Vertretung Syriens anerkannt zu werden und an die Stelle des Assad-Regimes zu treten.

Dem Eingreifen des Westens in Libyen gingen zwar ähnliche Kontakte zu den libyschen Revolutionären voraus, führende Diplomaten warnten aber davor, daraus Parallelen abzuleiten. "Das bedeutet nicht, dass wir sie (die Vertreter der syrischen Opposition) bereits als Regierung anerkennen – das ist nicht der Fall," erklärte ein höherer Diplomat. "Der Unterschied zur Situation in Libyen besteht darin, dass der libysche Nationale Übergangsrat bereits Teile Libyens kontrollierte. Wir haben der syrischen Opposition empfohlen, sich zu organisieren und eine einheitliche Politik zu betreiben." Der Syrische Nationalrat und das Nationale Koordinationskomitee für einen demokratischen Wandel gehören zu den Gruppen, deren Führer an den Gesprächen beteiligt waren.

Diese Entwicklung ist eingetreten, weil auch Frankreich erklärt hat, dass es zur Zusammenarbeit mit der syrischen Opposition bereit sei, nachdem es das Assad-Regime versäumt habe, die (versprochenen) Reformen durchzuführen.

Die Opposition der Veto-Mächte Russland und China hat den UN-Sicherheitsrat bisher davon abgehalten, auf das scharfe Vorgehen des Assad-Regimes gegen den bereits acht Monate andauernden Aufstand zu reagieren. Nach Gesprächen, die er gestern in der Türkei geführt hat, sagte der französische Außenminister Alain Juppé, weil die Situation "unerträglich" geworden sei, müssten die Vereinten Nationen jetzt handeln.

"Es ist nicht normal, dass der Sicherheitsrat noch nicht eingegriffen hat," erklärte Juppé

vor Reportern. "Ich hoffe, dass diejenigen, die bisher jede Resolution abgeblockt haben, endlich erkennen, wie ernst die Lage ist."

Auch der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu rief zum Handeln auf; es müsse etwas getan werden, um das "Massaker" zu stoppen.

Weil der internationale Druck auf Syrien wächst, erklärte sich Damaskus bereit, einer Forderung der Arabischen Liga nachzukommen und erstmals Beobachter ins Land zu lassen, um die Durchführung eines Friedensplanes zur Beendigung des Blutvergießens überwachen zu lassen.

Gestern gab es aber noch kaum Anzeichen für einen Rückgang der Gewalt; nach Berichten wurden wieder mindesten zwölf Menschen, darunter auch zwei Kinder, getötet, als Sicherheitskräfte nach dem Freitagsgebet erneut auf Protestierende schossen.

Syrien lenkte erst ein, nachdem die Arabische Liga seine Mitgliedschaft ausgesetzt und von ihm verlangt hat, bis zum Ende der Woche einen Friedensplan umzusetzen, in dem das Regime aufgefordert wird, seine Streitkräfte aus den Städten abzuziehen und die Gewalt zu beenden. Seit Syrien diesen Friedensplan vor drei Wochen akzeptiert und gleich wieder ignoriert hat, wurden nochmals Hunderte von Menschen getötet.

Syrische Offizielle haben gestern mitgeteilt, dass sie ausländische Beobachter ins Land lassen wollen, gleichzeitig aber Bedenken gegen die Arabische Liga geäußert. Die Liga, die Damaskus auch mit Sanktionen gedroht hat, will das (syrische) Angebot prüfen. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/gewalt-in-syrien-arabische-liga-stellt-syrien-ultimatum_aid_685420.html .)

Auch (der französische Außenminister) Juppé bleibt skeptisch und zweifelt an Assads Bereitschaft, die Gewalt zu stoppen. "Wir haben von Anfang an nicht geglaubt, dass dieses Regime zu Reformen bereit ist, und jetzt es ist ohnehin zu spät dafür," erklärte er.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen kamen wegen des scharfen Vorgehens der syrischen Regierung seit Beginn des Aufstandes im März mindestens 3.500 Menschen ums Leben. Das Assad-Regime hat vom Ausland unterstützte "bewaffnete Banden von Terroristen" beschuldigt, 1.000 Polizisten und Soldaten umgebracht zu haben.

Die hohe Zahl der Todesopfer sollte die internationale Gemeinschaft dazu veranlassen, größeren Druck auf das umstrittene Regime auszuüben. Ein erster Schritt zu Sanktionen könnte ein Antrag sein, mit dem Deutschland, Frankreich und Großbritannien erreichen wollen, dass die UN-Generalversammlung die Gewaltanwendung in Syrien mit einer nicht bindenden Resolution verurteilt.

Die Europäische Union hat bereits Sanktionen gegen Syrien verhängt, aber Russland, ein enger Verbündeter Syriens, und China haben weitergehende internationale Maßnahmen unter Beteiligung der Vereinten Nationen bisher verhindert.

Einige der syrischen Demonstranten haben sich wegen des rücksichtslosen Vorgehens des Regimes selbst bewaffnet, um sich verteidigen zu können. In der letzten Woche haben bewaffnete Rebellen der Freien Syrischen Armee, die sich im Juli aus Deserteuren der syrischen Streitkräfte gebildet hat, Angriffe auf Einrichtungen des Regimes – zum Beispiel auf das Hauptquartier des Geheimdienstes der Luftwaffe – durchgeführt, bei denen es auch Tote gab. Diese Gegenangriffe waren die bisher heftigsten und haben die Befürchtung wachsen lassen, dass Syrien in einen bewaff-

neten Aufstand schlittern wird. (Weitere Informationen zu den ausländischen Unterstützen und den Aktivitäten der "Freien Syrischen Armee" sind aufzurufen unter http://www.w.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP19711_021111.pdf .)

(Wir haben den Artikel, der darauf hindeutet, dass die NATO nach ihrer völkerrechtswidrigen Intervention in Libyen demnächst auch über Syrien herfallen wird, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Britain in secret talks with Syrian rebels

Kim Sengupta and Catrina Stewart
Saturday, 19 November 2011

Britain has formally opened talks with the Syrian opposition movement as international pressure continues to mount against the beleaguered regime of President Bashar al-Assad.

Frances Guy, a former ambassador to Lebanon, met members of the exiled opposition in Paris yesterday. The Foreign Secretary, William Hague, is to meet members of the Syrian opposition in London next week when they will also hold talks with senior officials in Downing Street.

Although the UK, along with other Western states like France – which appealed to the United Nations yesterday to impose tougher sanctions – has been in informal contact with the opposition for the last three months, the progression of the working relationship opens up the prospect of the rebels eventually being recognised as the country's representatives and supplanting the Assad regime.

The West's Libyan mission started in a similar fashion with the country's revolutionaries, but senior diplomatic sources warned against drawing parallels. "This is not about recognition of them as the government – that is not the case," said a senior diplomatic source. "The difference with the Libyan situation was that the Libyan National Transitional Council controlled swathes of the country. We are asking the Syrian opposition to present a coherent set of policies and organise themselves." The Syrian National Council and the National Co-ordination Committee for Democratic Change are among the groups whose leaders have been involved in the talks.

The development comes as France said that it, too, was ready to work with the Syrian opposition, maintaining that it is too late for the Assad regime to save itself by carrying out reforms.

Opposition from the veto-wielding members Russia and China has largely prevented the UN's Security Council from responding to Assad's crackdown on an eight-month uprising against his rule. But, following talks yesterday in Turkey, the French Foreign Minister Alain Juppé said the situation was "no longer sustainable" and that the UN must act.

"It is not normal that the Security Council has not made any decision so far," Mr Juppé told reporters. "I hope those blocking any resolution will be aware of the reality of the situation."

Turkey also called for action, with its Foreign Minister, Ahmet Davutoglu, saying more must be done to stop the "massacre".

As international pressure on Syria builds, Damascus made a tentative gesture to the Arab League, agreeing in principle to allow observers to enter the country for the first time to oversee the implementation of a peace plan to end the bloodshed.

But there were few signs yesterday that the violence was abating following reports that at least 12 civilians, including two children, were killed when security forces fired on protesters following Friday prayers.

Syria's apparent concession came after the Arab League suspended Syria and gave it until the end of this week to implement a peace plan that calls for the regime to withdraw its forces from towns and end the violence. Hundreds of people have been killed since Syria accepted, and then largely ignored, the peace plan three weeks ago.

Syrian officials were yesterday quoted as saying that they would accept foreign observers in the country, but that they had outlined their reservations to the Arab League. The body, which has threatened Damascus with sanctions, said it was studying the suggestions.

But Mr Juppé expressed scepticism that Syria was ready to stop the violence. "We believe the regime was not willing to implement a reform programme and now it is too late," he said.

The UN estimates that at least 3,500 people have been killed since the government began its crackdown against an anti-regime uprising in March. Assad's regime has accused foreign-backed "armed terrorist gangs" of killing 1,000 of its security personnel.

The soaring death toll has pushed some to demand the international community put greater pressure on the embattled regime. In what could be a preliminary push towards sanctions, Germany, France and Britain are planning to ask the UN General Assembly to adopt a non-binding resolution condemning the violence in Syria.

The European Union has already imposed sanctions on Syria, but Russia, a close ally of Syria, and China have blocked any wider international measures under a UN umbrella.

Some protesters have responded to the regime's crackdown by taking up arms to defend themselves. In the past week, the Syrian Free Army, a rebel force formed in July from military defectors, has mounted deadly attacks on regime targets, including the air force's intelligence directorate. The attacks are the most potent fightback so far, and have exacerbated fears that the country is sliding towards armed insurrection.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern